



SAUL LOEB / AFP

Präsident Obama nach dem Ende des Haushaltsstreits: *Konnte sich Amerika das wirklich leisten?*

WELTMÄCHTE

Die Unzertrennlichen

Die USA haben sich mit ihrem Haushaltsstreit blamiert. China, die andere Supermacht, profitiert von der Schwäche – und muss sie doch fürchten, weil Peking bei einem Niedergang des Dollar viel verlieren würde.

Kurz vor elf Uhr morgens am Mittwoch vergangener Woche meldete sich die angeblich schönste Frau Amerikas per Twitter aus dem Weißen Haus. Die meisten Politiker des Landes hatten an jenem Tag nichts anderes im Kopf als den Haushaltsstreit, fast drei Wochen lang hatten sich Demokraten und Republikaner nicht auf eine neue Höchstgrenze für die Staatsschulden einigen können.

Im Kongress sollten nun bald die entscheidenden Abstimmungen beginnen, um das Land und die Weltwirtschaft zu retten. Im Fernsehen fieberten die Kommentatoren dem Ausgang entgegen, und Miss America, die 24-jährige Nina Davuluri twitterte: „Hatte heute die Ehre, ein Gespräch mit Präsident @BarackObama im Oval Office zu führen!“

Der Präsident beherrsche offenbar das Multitasking, das Erledigen mehrerer Auf-

gaben gleichzeitig, spottete der Nachrichtensender CNN – Obama regierte das Land im Wirbel der Krise und plauderte nebenbei mit der schönen Tochter indischer Einwanderer. Dabei war ihm das Multitasking in den Wochen zuvor schwergefallen. Reihenweise hatte er Verbündeten und Geldgebern abgesagt, wichtigen, einflussreichen Menschen. Sogar eine Asienreise, bei der er auch mit Chinas Präsident Xi Jinping zusammentreffen wollte, hatte er kurzerhand gestrichen.

Sein Land hatte sich blamiert, weil die Republikaner Obamas Gesundheitsreform („Obamacare“) stützen und deshalb keine höheren Staatsschulden genehmigen wollten. Die Regierung musste ihre Verwaltung lahmlegen, 800 000 Staatsangestellte in Zwangsurlaub schicken. Amerika hatte sich selbst vorsätzlich Schaden zugefügt, weil die politischen Gegner erst unter enormem Druck und im letzten Mo-

ment am Mittwoch zu einer Einigung kamen, einer vorläufigen. Benimmt sich so eine Supermacht?

Die Wochen, in denen Amerika um seine Zahlungsfähigkeit fürchten musste, haben gezeigt, wie verletzlich die USA sind. Zugleich aber zeigte sich die Stärke der Vereinigten Staaten. Kein anderes Land der Welt hätte sich dieses Theater leisten können, ohne dafür abgestraft zu werden, von den Finanzmärkten, von Gläubigern und Handelspartnern.

Aber konnte sich Amerika das wirklich leisten? Den volkswirtschaftlichen Schaden des „Shutdown“ bezifferte die Rating-Agentur Standard & Poor's auf 24 Milliarden Dollar. Der tatsächliche Schaden aber ist ein politischer: Ziemlich unverhohlen stellt China, die andere Großmacht, Amerika nun in Frage.

Vorige Woche veröffentlichte Pekings staatliche Nachrichtenagentur Xinhua

einen Kommentar. Wochenlang seien Amerikas Politiker „zwischen dem Weißen Haus und dem Kapitol hin- und hergeschlurft“, ohne das politische System, „mit dem sie so prahlen“, in Ordnung zu bringen, so der Kommentator Liu Chang. Nun sei es an der Zeit, dass die „verdatterte Welt darüber nachdenkt, eine entamerikanisierte Welt zu errichten“.

Die „Eckpunkte“ dieser neuen Weltordnung laut Xinhua: strikte Achtung des Völkerrechts und Anerkennung der Uno als internationaler Autorität. „Das heißt, dass niemand das Recht hat, ohne ein Uno-Mandat militärisch gegen einen anderen Staat vorzugehen“, so die Regierungsagentur. Vor allem aber müsse das Weltfinanzsystem neu geordnet werden. „Die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen mehr Einfluss auf die internationalen Finanzinstitutionen erhalten, in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds.“ Außerdem müsse eine neue Reservewährung geschaffen werden, „um den dominanten US-Dollar zu ersetzen“. Nur so sei die internationale Gemeinschaft künftig in der Lage, sich dem „Überschwappen der zunehmenden innenpolitischen Turbulenzen in den Vereinigten Staaten zu entziehen“.

Das Selbstbewusstsein der Chinesen hat viele Gründe, einer davon ist ein granitgrauer Prunkbau in Peking, Adresse Chengfang Lu 32: Hier hat Chinas Zentralbank ihren Sitz. Jeden Monat gehen auf ihren Konten etwa drei Milliarden Dollar aus Washington ein. Das sind allein die Zinsen für die US-Schatzpapiere, mit denen die größte bei der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt verschuldet ist.

Chinas Regierung sitzt auf einem Geldhaufen, wie es ihn in der Geschichte noch nicht gegeben hat. 3660 Milliarden Dollar betrug der Wert aller Devisenreserven Ende September, 163 Milliarden mehr als im Juni. Der Schatz der Chinesen wächst scheinbar unaufhaltsam. Noch zwei Quartale wie das letzte – dann ist die Vier-Billionen-Grenze fast erreicht.

Und während Washington mühsam den Kollaps, den Bankrott des Staates verhinderte, brach Peking vergangene Woche noch einen anderen Finanzrekord: Chinas Währung, der Yuan, ist gegenüber dem Dollar auf seinen höchsten Stand seit 1993 gestiegen. Aus den meisten Schwellenländern ziehen sich Investoren gerade zurück – der Geldstrom nach China dagegen fließt mächtiger denn je.

Etwa ein Drittel ihrer Fremdwährungsreserven, den genauen Betrag nennt die People's Bank of China selbst nicht, sind in US-Staatsanleihen angelegt. Damit ist China der größte ausländische Gläubiger der USA – und darum hat auch Peking ein Problem.

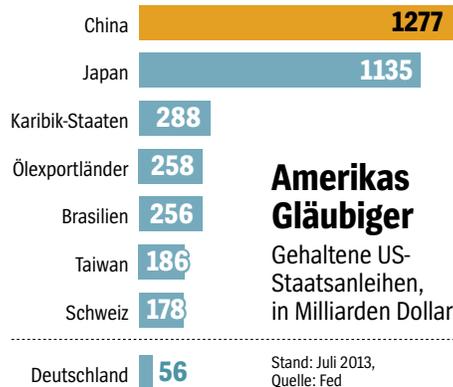
Seit dem Beginn der jüngsten Shutdown-Krise haben die Chinesen die Ame-

rikaner gewarnt. Man beobachte den Streit in Washington „genau“, sagte der Premier und oberste chinesische Wirtschaftspolitiker Li Keqiang. Der Vize-Finanzminister Zhu Guangyao ergänzte, „langfristig“ müsse Amerika sein Schuldenproblem lösen, um zu „verhindern, dass die Weltwirtschaft absackt“.

Das Vakuum aber, das der US-Haushaltsstreit gerade vor der eigenen Haustür schuf, nutzten die Chinesen gern: Präsident Xi besuchte den einen der beiden Asien-Gipfel, die sein Kollege Obama sausen ließ. Xi reiste auch nach Jakarta, wo Obama aufwuchs, und nach Malaysia. Er unterzeichnete Handelsabkommen im Wert von 30 Milliarden Dollar. Premier Li fuhr derweil zum Asean-Gipfel in Brunei und gleich weiter nach Thailand und Vietnam.



Präsident Xi, Ehefrau
Neue Ordnung



Während die Schwäche Amerikas den Chinesen politisch nutzt, ist sie finanziell ein Risiko. Selten beschrieb ein Bonmot den Stand der Weltpolitik so treffend wie der Ausspruch des US-Milliardärs J. Paul Getty: „Wenn du der Bank 100 Dollar schuldest, ist das dein Problem. Wenn du der Bank 100 Millionen Dollar schuldest, ist das das Problem der Bank.“

Als größte Schuldner und Gläubiger der Welt sind Amerika und China aufeinander angewiesen. Zwar raten chinesische Ökonomen ihrer Zentralbank, bereits vor dem nächsten Haushaltsstreit damit zu beginnen, US-Anleihen zu ver-

kaufen. Die Zeit drängt, spätestens ab 15. Januar dürfte das Gezerre in Washington wieder weitergehen, dann endet der gerade verhandelte Übergangshaushalt.

Aber Pekings Zentralbank würde sich mit einem Verkauf von Anleihen selbst schaden: Der Wert des Dollar würde sinken, Chinas Dollar-Reichtum also verfallen. Die beiden Weltwirtschaftsriesen sind ineinander verkeilt, unzertrennlich.

Im Augenblick sieht es eher so aus, als könnte Washington bei der nächsten Runde stolpern. Die Front zwischen Republikanern und Obamas Demokraten verläuft noch genau dort, wo sich die Parteien eingegraben haben. Und die radikale Minderheit der Tea-Party-Abgeordneten in der Republikanischen Partei gibt nach ihrer Niederlage nicht auf. Im Gegenteil. „Der Kampf hat die Tea Party auf Touren gebracht“, schreibt die „Washington Post“.

Nachdem die Republikaner 1995/96 das damals von Bill Clinton regierte Land für 26 Tage lahmgelegt hatten, lenkten sie schließlich ein, weil sie den Zorn der Wähler fürchteten. Die Abgeordneten der rechten Tea Party aber müssen jetzt kaum Angst haben, dass ihre Anhänger ihnen die Gefolgschaft kündigen. Ihre Wahlkreise sind in den vergangenen Jahren so zugeschnitten worden, dass die Möglichkeit, einem demokratischen Herausforderer zu unterliegen, so gut wie ausgeschlossen ist. Gefährlich können der Tea Party allenfalls rechte Gegenkandidaten werden.

Der republikanische Senator Ted Cruz, Wortführer und Architekt der wochenlangen Regierungsblockade, wird deshalb von seinen Anhängern nun als Held gefeiert. Bei einer Probeabstimmung auf einem „Wertekonvent“ der Konservativen bekam er vergangene Woche die Mehrheit der Stimmen und zählt damit sogar zu den möglichen Präsidentschaftsbewerbern im Jahr 2016.

Ernsthafte Sorgen, so die Tea-Party-Ideologen, müsse sich bei einem neuen Haushaltsclinch mit Obama Anfang des Jahres kein Amerikaner machen. Der Wirtschaft geht es vergleichsweise gut, das Defizit sinkt, die Zinsen sind auf ein historisches Tief gesunken.

Süffisant berichtete das wirtschaftsfreundliche „Wall Street Journal“ in den vergangenen Wochen über die US-kritischen Stimmen im Ausland, über die Minister und Notenbankchefs, die mit den Händen rangen – das seien Leute mit Minderwertigkeitskomplexen.

Zu diesen Leuten zählen allerdings auch die Chinesen. Amerikas Haushaltsstreit, sagt der US-Ökonom Nicholas Lardy, sei für Peking ein „Weckruf“ gewesen. Lardy rät China, „jetzt dafür zu sorgen, seine Auslandsreserven abzustößen“. Kenneth Rogoff, der frühere Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, spricht von einem „Tritt in den Hintern“, den die Chinesen erhalten hätten. Des-

„Eine gute Sache“

Wie Frauen aus beiden Parteien die Blockade Amerikas lösten

Die republikanische Senatorin aus Maine konnte sich ein glucksendes Lachen nicht verkneifen, als sie am vergangenen Mittwoch um 12.39 Uhr Ortszeit im Senat das Wort ergriff. Minuten zuvor hatte Harry Reid, Mehrheitsführer der Demokraten, das Ende des Haushaltsstreits angekündigt, der eine der irrwitzigsten Regierungskrisen in der Geschichte der USA ausgelöst hatte.

Es war der Moment, auf den Susan Collins, 60, seit Tagen gewartet hatte, der Moment ihres Triumphs – und die Republikanerin kostete ihn aus: „Ich weiß, dass meine Kollegen die Nase voll davon haben, von den Frauen im Senat zu hören“, sagte Collins. Sie machte eine Pause, lächelte sanft: „Aber es waren nun einmal Frauen, die mich als Erste angerufen haben“ – nämlich ihre Parteikolleginnen Lisa Murkowski und Kelly Ayotte, die dem zustimmten, was Collins zuvor gesagt hatte: dass jetzt mal Schluss sein müsse mit der Blockade Amerikas.

Collins' Botschaft war klar: Dass die USA soeben haarscharf an einem Staatsbankrott vorbeigeschrammt waren, sei in erster Linie ihr und ihren Mitstreiterinnen zu verdanken. Den Frauen eben, dieser vernunftbegabten Minderheit im Senat. Collins nennt sie die „Schwesternschaft“.

Ihr Senatskollege John McCain, der einstige Präsidentschaftskandidat, gab ihr recht: „Ich muss zugeben, die Führung wurde hauptsächlich von den Frauen im Senat übernommen.“ Und der Demokrat Mark Pryor verkündete gar eine für manche erstaunliche Erkenntnis: „Die Wahrheit ist, Frauen im Senat sind eine gute Sache.“

Die Senatorinnen sind eine überschaubare Gruppe: 4 Republikanerinnen, 16 Demokratinnen, die sich, anders als viele ihrer männlichen Kollegen, auch über Parteigrenzen hinweg ganz gut verstehen. Alle paar Wochen treffen sie sich zum Dinner – mal bringt jede etwas mit, mal bestellen sie Pizza und Salat. „Die Frauen sind eine unglaublich positive Kraft, weil wir uns mögen“, so schwärmte Amy Klobuchar, Demokratin aus Minnesota, unlängst im Magazin „Time“.

Es war am vorvergangenen Dienstag, als Collins die Wende einleitete. Republikaner und Demokraten scho-

ben sich gegenseitig die Schuld an der Regierungskrise zu, nichts bewegte sich. Collins trat vor und skizzierte einen Plan, wie der Stillstand zu überwinden sei. Sie verzichtete darauf, die Demokraten zu beschimpfen.

Rasch schnappten sich zwei Senatorinnen, eine Demokratin und eine Republikanerin, ein Mikrofon, um Collins' Vorstoß zu unterstützen. Sie kannten den Plan ja schon: Die Frauen hatten am Abend zuvor beim Pizze-Dinner angeregt darüber diskutiert.

In den nächsten Stunden scharte sich um Collins herum eine Gruppe kompromissbereiter Senatorinnen



Republikanerinnen Collins, Murkowski, Ayotte: Vernunftbegabte Schwestern

und Senatoren. Sie stritten und verständigten sich und brachten nach einigen Tagen auch die Senatsführer dazu, ernsthaft miteinander zu reden.

Am Mittwoch, vier Stunden vor dem Ende der Regierungskrise, setzten sich Collins und ihre Parteifreundinnen Murkowski und Ayotte fürs Frühstücksfernsehen vor das Kapitol.

„Wir haben eine überparteiliche Gruppe gebildet“, sagte Collins, „ich denke, es ist bedeutsam, dass sie von Frauen geführt wird.“ Noch bedeutender aber sei, fuhr sie fort, dass die Gruppe „aus sechs Republikanern und sechs Demokraten besteht – und dass wir zu einer Einigung gekommen sind“.

SAMIHA SHAFY

halb haben sie nun schneller als vorgesehen mit den Europäern sogenannte Swap-Geschäfte ausgehandelt. Durch diese Währungsdeals wird der Yuan international handelbar – ein Schritt auf dem Weg, dem Dollar Konkurrenz zu machen.

Vor Jahren stemmte sich Obama mit seiner Hinwendung zu den aufstrebenden Wirtschaftsmächten Asiens noch gegen Chinas Machtzuwachs im Pazifikraum. Er investierte viel in den neuen Kurs, schickte Truppen nach Australien, schloss neue Handelsvereinbarungen und sagte Malaysia und Indonesien zu, nun regelmäßig zu den Asean-Gipfeln zu reisen – die er aber nun ausfallen ließ.

Mit Hillary Clinton als Außenministerin und Tom Donilon, dem ehemaligen Sicherheitsberater, haben zudem wichtige Befürworter eines proasiatischen Kurses die Regierung verlassen. Und Obama scheint mehr mit dem Arabischen Frühling, mit Syrien und Iran beschäftigt zu sein als mit der Hinwendung zum Pazifik.

In seiner letzten Rede vor der Uno-Generalversammlung erwähnte Obama Syrien, Ägypten, Iran und Israel 68-mal – China dagegen nur ein einziges Mal.

Und noch ein anderes Land der Region kam nur am Rande vor: Japan. Amerikas pazifischer Verbündeter ist zwar mit China tief zerstritten, doch eine Sorge teilt Japan mit seinem asiatischen Rivalen: Mit US-Staatsanleihen von 1,1 Billionen Dollar ist Tokio nach Peking der zweitgrößte ausländische Gläubiger Amerikas.

In Japan, wo das in den USA nur mehr digital verkaufte Magazin „Newsweek“ auch noch gedruckt erscheint, zeigte es vorige Woche auf dem Titelbild eine zerfranste amerikanische Flagge, darüber stand: „Ruiniertes Amerika – Eine Supermacht zerstört sich selbst“.

MARC HUIJER, BERNHARD ZAND